



Sie finden diese Informationen zusätzlich im Internet unter

<https://www.suec.de/datenschutz>

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen und ggf. seines Vertreters:

Städtische Werke Überlandwerke Coburg GmbH
Bamberger Straße 2 - 6
96450 Coburg
Telefon: 09561 749-0
E-Mail: contact@suec.de

Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten (sofern vorhanden):

Städtische Werke Überlandwerke Coburg GmbH
Datenschutzbeauftragte/r
Bamberger Straße 2 - 6, 96450 Coburg
E-Mail: datenschutz@suec.de

Zwecke und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung:

Die Datenverarbeitung erfolgt auf Grundlage von § 4 BDSG und Art. 6 Abs. 1 f DSGVO zu folgenden Zwecken:

Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebs und der Funktionalität der technischen Einrichtungen, Wahrnehmung des Hausrechts, Vermeidung und Aufklärung von Straftaten, Sicherung von Beweismitteln

berechtigte Interessen, die verfolgt werden:

Schutz des Eigentums, Sicherheitsinteresse, Rechtsverfolgungsinteresse

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Dauer:

Die Daten der Videoüberwachung werden grundsätzlich für 48 Stunden gespeichert. Eine längere Speicherdauer erfolgt nur, sofern dies zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen oder zur Verfolgung von Straftaten im konkreten Einzelfall erforderlich ist.

Empfänger oder Kategorien von Empfänger der Daten (sofern Datenübermittlung stattfindet):

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten diejenigen Stellen Zugriff auf Ihre Daten, die diese zur Erfüllung der oben genannten Zwecke brauchen. Das gilt auch für von uns eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen. Personenbezogene Daten werden von uns an Dritte nur übermittelt, wenn dies für die vorgenannten Zwecke erforderlich ist oder Sie zuvor eingewilligt haben.

Empfänger personenbezogener Daten können sein:

- von uns eingesetzte Auftragsverarbeiter
- Ermittlungsbehörden
- Gerichte
- Anwälte
- Gutachter
- Versicherer

Hinweise auf die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein **Recht auf Auskunft** über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die **Berichtigung** sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die **Vervollständigung** unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (**Recht auf Löschung**).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die **Einschränkung der Verarbeitung** zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten **Widerspruch** einzulegen. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das **Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde**, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Bayern ist die zuständige Aufsichtsbehörde: Bayerisches Landesamt für Datenschutzaufsicht